



Niederschrift

Europaausschuss

20. Wahlperiode – 23. Sitzung

am Mittwoch, dem 15. Mai 2024, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vorsitzender
Hauke Göttisch (CDU)
Volker Nielsen (CDU)
Seyran Papo (CDU)
Peter Lehnert (CDU), in Vertretung von Rasmus Vöge
Uta Wentzel (CDU)
Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Marc Timmer (SPD)
Dr. Heiner Garg (FDP)
Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Birte Pauls (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Bericht des Europaministeriums zur Auswertung der Reichweite der ersten Phase der Kampagne zur Bewerbung der Europawahl	4
	Bitte des Abgeordneten Marc Timmer (SPD) in der 20. Sitzung am 27. März 2024	
2.	Bericht der Landesregierung zur Jahreskonferenz BSSSC in Kiel (September 2024)	6
	Vorschlag der Landesregierung	
3.	Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Rassismus	8
	Bericht der Landesregierung Drucksache 20/1319	
4.	Sachstandsbericht des MEKUN zur Umsetzung der Resolution der PSO „Europäischer Grüner Deal – Wasser und Klimawandel“	9
	Bitte des Ausschusses an die Landesregierung in der 15. Sitzung am 6. September 2023	
5.	Nachbereitung der Informationsreisen nach Berlin und nach Flensburg und Nordschleswig	15
	Vorschlag des Vorsitzenden	
6.	Information/Kenntnisnahme	16
7.	Verschiedenes	17

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Bericht des Europaministeriums zur Auswertung der Reichweite der ersten Phase der Kampagne zur Bewerbung der Europawahl

Bitte des Abgeordneten Marc Timmer (SPD) in der 20. Sitzung am 27. März 2024

hierzu: [Umdrucke 20/3017](#), [20/3099](#)

Minister Schwarz berichtet über die aktuelle Auswertung der Reichweite in der ersten Phase der Kampagne des Europaministeriums zur Bewerbung der Europawahl.

Schwerpunkt der Kampagne sei es, über Soziale Medien eine möglichst große Reichweite zu erzielen und so auf die am 9. Juni 2024 anstehende Europawahl aufmerksam zu machen, um insbesondere junge Menschen zum Wählen zu animieren. Kurzvideos und Informationskacheln seien rund 8,1 Millionen Mal über Kanäle wie das Google Display Netzwerk, YouTube, Instagram und Facebook ausgespielt worden und hätten über 5.300 Klicks auf der Website der Landesregierung generiert. Die meisten Einblendungen habe das Google Display Netzwerk erzielt. Danach folgten Facebook und Instagram.

Klicks über das Google Display Netzwerk erzielten insgesamt eine Reichweite von gut 3 Millionen Ausspielungen. Dabei sei ein guter Zielgruppenmix mit einer breiten Altersspanne erreicht worden. Die größte Gruppe mache mit 26 Prozent die Gruppe der 35- bis 44-Jährigen aus.

Via YouTube seien verschiedene Videos 1,12 Millionen Mal ausgespielt worden. Über Programmatic Display, also die automatisierte, digitale Ausspielung von Displaywerbung und Videos auf Premium-Internetseiten wie MoPo.de, Kicker.de und Markt.de, seien 1,51 Millionen Ausspielungen und 2 Millionen Klicks erzielt worden. Für Facebook und Instagram seien gut 2,4 Millionen Ausspielungen bei einer Reichweite von etwa 6 Millionen Personen gemessen worden. Die meisten Ausspielungen habe es über Instagram-Stories sowie den Facebook- und Instagram-Feed gegeben.

Minister Schwarz weist darauf hin, dass es gelungen sei, viele junge Menschen zu erreichen: 60 Prozent der Werbung sei an 18- bis 34-Jährige ausgespielt worden.

Der Minister erklärt, dass am 20. Mai 2024 die zweite Phase der Kampagne beginne. Unter dem Hashtag #wirwähleneuropa seien Bürgerinnen und Bürger dazu aufgerufen, sich zu Botschafterinnen und Botschaftern der Europawahl zu machen. Teilnehmende sollten sich mit einem Stern fotografieren, das Bild mit dem genannten Hashtag posten und darauf das Europaministerium sowie den Landesbeauftragten für politische Bildung verlinken. Drei weitere Personen seien mit dem Post zum Mitmachen zu nominieren. Auf diese Weise werde der Schneeballeffekt genutzt, um möglichst viele Personen – insbesondere Erst- und Nichtwählerinnen – auf die Wahl aufmerksam zu machen. Bei der Erstellung dieser Social-Media-Challenge habe das Europaministerium Unterstützung vom Beauftragten für politische Bildung erhalten. Zu der Aktion liege ein Flyer vor.

Abschließend bemerkt Europaminister Schwarz beziehend auf eine Frage aus der vergangenen Sitzung des Europaausschusses, dass der Verband politischer Jugend Schleswig-Holstein (VPJ) nicht an der Erstellung der Kampagne mitgewirkt habe.

2. Bericht der Landesregierung zur Jahreskonferenz BSSSC in Kiel (September 2024)

Vorschlag der Landesregierung

Europaminister Schwarz berichtet zur Jahreskonferenz BSSSC in Kiel und schickt seinen Ausführungen voraus, dass Schleswig-Holstein im Januar 2024 für die Jahre 2024/2025 erstmals seit den 1990er-Jahren den Vorsitz im Netzwerk der Subregionen im Ostseeraum von der Region Westpommern übernommen habe. Das Land trage damit in schwierigen Zeiten ostseepolitische Verantwortung.

Die erste Vorstandssitzung unter Leitung des Europaministeriums habe im März 2024 in Danzig stattgefunden. Europaminister Schwarz sei selbst zugegen gewesen und habe mit dem Marschall Pommerns, Herrn Mieczyslaw Struk, intensive Gespräche geführt. Für einen langfristigen Austausch biete die geplante Ansiedlung von Northvolt in Pommern sowie in Schleswig-Holstein gute Anknüpfungspunkte. Der Marschall werde voraussichtlich Mitte Mai 2024 in seinem Amt bestätigt und dann der Einladung des Ministers zur 32. Jahreskonferenz BSSSC nach Kiel am 19. und 20. September 2024 im Hotel Atlantik in Kiel folgen.

Wie bereits zum Baltic Sea Region Future Forum im August 2022 seien zu dieser Konferenz wichtige Akteure der Ostseeregion eingeladen. Unter der Überschrift „Let’s fight for resilient and safe communities in the Baltic Sea Region“ sei eine Vielzahl von Workshops zu diversen Themen vorgesehen. Dazu zählten die Themen Wasserstoff, Munitionsaltlasten, Offshore-Wind, Zukunft der Kohäsionspolitik, Schutz der Demokratie vor Fake News und Desinformationen sowie Künstliche Intelligenz.

Es sei gelungen, ein hochkarätig besetztes Programm zu entwickeln. Moderiert werde die Veranstaltung von der ehemaligen dänischen Ministerin für Klimafragen, Lykke Friis, die in diesem Jahr das Bundesverdienstkreuz für ihren Einsatz für die deutsch-dänischen Beziehungen erhalten habe. Ministerpräsident Günther habe zugesagt, die Begrüßung der bis zu 200 Gäste aus dem gesamten Ostseeraum zu übernehmen. Die Keynote-Rede werde vom ehemaligen Staatspräsidenten Lettlands, Egils Levits, gehalten. Er werde in einem Impuls-Vortrag zum Thema „Resiliente Gesellschaften und Sicherheit im Ostseeraum“ vortragen. Als weitere Experten seien der finnische Botschafter in Kiel, Herr Sauer, sowie der Kieler Oberbürgermeister, Herr Kämpfer, für die Konferenz gewonnen worden.

Das kulturelle Abendprogramm am 19. September 2024 habe der Generalintendant am Theater Kiel, Herr Karasek, unter dem Titel „Kultur und Resilienz“ selbst konzipiert.

Minister Schwarz merkt an, dass es bislang keine Zusagen zur Jahreskonferenz BSSSC aus dem parlamentarischen Raum gegeben habe. Er appelliert darum an die Abgeordneten des Landtags, sich am Podium zu beteiligen, und weist darauf hin, dass im Herbst 2025 der Vorsitz der Ostseeparlamentarier-Konferenz vom Landtag übernommen werde. Auch eine parlamentarische Beteiligung am vom Landesjugendring vorbereiteten BSSSC Autumn Youth Event sei vor diesem Hintergrund wünschenswert.

Minister Schwarz merkt abschließend an, dass kurz vor der BSSSC-Konferenz, vom 15. bis zum 17. September 2024, das Parlamentsforum Südliche Ostsee in Glücksburg stattfinden werde, ebenfalls zu sicherheitspolitischen Fragen.

3. Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Rassismus

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 20/1319](#)

(überwiesen am 22. September 2023 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, Sozialausschuss, Europausschuss, Finanzausschuss und Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: [Umdrucke 20/2265](#), [20/2443](#), [20/2539](#), [20/2541](#), [20/2542](#),
[20/2549](#), [20/2566](#), [20/2567](#), [20/2639](#), [20/2641](#),
[20/2648](#), [20/2649](#), [20/2651](#), [20/2654](#), [20/2686](#),
[20/2688](#), [20/2727](#), [20/2730](#), [20/2731](#), [20/2732](#),
[20/2775](#), [20/2776](#), [20/2777](#), [20/2778](#), [20/2779](#),
[20/2780](#), [20/2781](#), [20/2782](#), [20/2783](#), [20/2785](#),
[20/2786](#), [20/2793](#), [20/2794](#), [20/2795](#), [20/2796](#),
[20/2797](#), [20/2800](#), [20/2801](#), [20/2803](#), [20/2804](#)

Europaminister Schwarz verweist auf den neuen Zuschnitt in der Zuständigkeit seines Ministeriums seit der vergangenen Landtagswahl im Mai 2022 und kündigt an, den Landesaktionsplan gegen Rassismus künftig aufmerksam hinsichtlich möglicher Arbeitsaufträge, die sich für sein Ressort ergeben könnten, zu prüfen.

4. **Sachstandsbericht des MEKUN zur Umsetzung der Resolution der PSO „Europäischer Grüner Deal – Wasser und Klimawandel“**

Bitte des Ausschusses an die Landesregierung in der 15. Sitzung am 6. September 2023

hierzu: [Drucksache 20/1065](#)

Umweltstaatssekretärin Günther erklärt, dass das Umweltministerium im Jahr 2023 bereits einen Bericht zu den vielfältigen Aktivitäten der Landesregierung zum Thema „Europäischer Grüner Deal – Wasser und Klimawandel“ geliefert habe ([Drucksache 20/1065](#)). Sie setze diesen als bekannt voraus und nehme vorrangig die Fortschreibung der Vorhaben der Landesregierung in diesem Themenbereich in den Blick.

Die Umweltstaatssekretärin berichtet, dass Umweltminister Goldschmidt vom 24. bis 25. April 2024 an der internationalen Konferenz HELCOM teilgenommen habe, um mit den Ostseerainern zum Thema Gewässerschutz ins Gespräch zu kommen. Das Land Schleswig-Holstein nehme aktuell konzeptionell eine Vorreiterrolle in Sachen Ostseeschutz ein, da die Landesregierung eine vielschichtige und umfassende Strategie für einen nachhaltigen Schutz des Binnenmeeres vorgelegt habe.

Um den Zustand der Ostsee zu verbessern, sei vom Kabinett im März 2024 der sogenannte Aktionsplan Ostseeschutz 2030 beschlossen worden. Dieser umfasse ein umfangreiches Maßnahmenpaket zum Schutz der Ostsee. Der Plan sehe etwa vor, 12,5 Prozent der schleswig-holsteinischen Ostsee unter strengen Schutz zu stellen. Damit entstünden erstmals echte Rückzugs- und Ruheräume für die marine Tier- und Pflanzenwelt. Zudem sei geplant, die Verwaltung zu verstärken, um die Arbeitsbereiche Umweltbildung und Öffentlichkeitsarbeit mit Ostseebezug auszubauen.

Frau Günther erklärt, dass im Rahmen des ergebnisoffenen Konsultationsprozesses zu einem ehemals angedachten Nationalpark Ostsee, der im vergangenen Jahr 2023 stattgefunden habe, der schlechte Zustand der Ostsee in der Öffentlichkeit vielfältig diskutiert worden sei. Ursächlich für den schlechten Zustand des Meeres seien erstens Munitionsaltslasten, die seit über 70 Jahren auf dem Meeresgrund verrotteten, zweitens Nährstoff- und Schadstoffeinträge (Eutrophierung) durch Landwirtschaft und Industrie sowie drittens Folgen des Klimawandels, die sich in einer Häufung von extremen Wetterlagen und damit in einer höheren Bedrohung durch Sturmfluten niederschlugen.

Zum ersten Themenschwerpunkt – den Munitionsaltlasten – führt Staatssekretärin Günther aus, dass die Vorkommen in der schleswig-holsteinischen Ostsee mit einem Umfang von etwa 300.000 Tonnen deutlich massiver ausfielen, ziehe man den Vergleich mit jenen in der mecklenburg-vorpommerischen Ostsee. Ursächlich für die zahlreichen regionalen Hotspots in Schleswig-Holstein sei eine Reihe von Verklappungen, welche die Alliierten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hierzulande geplant vorgenommen und kartiert hätten. Zur Bergung dieser Altlasten habe die Bundesregierung nun ein Sofortprogramm Munitionsbergung ins Leben gerufen. Es sei das erste Projekt zur systematischen Bergung der Altlasten und werde zunächst über drei Monate laufen, um Erfahrungen zu sammeln. Diese sollten eine Einschätzung ermöglichen, wie und in welchem zeitlichen Rahmen es umsetzbar sein werde, sämtliche Munitionsreste zu beseitigen.

Ab Juni 2024 werde damit begonnen, 50 Tonnen Munitionsaltlasten mithilfe einer neu zu errichtenden Plattform aus der Mecklenburger Bucht, die zu einem Teil in Schleswig-Holstein und zu einem anderen in Mecklenburg-Vorpommern liege, zu bergen. Ob diese Plattform in der schleswig-holsteinischen oder mecklenburg-vorpommerischen Ostsee stehen werde, sei bislang ungeklärt. Staatssekretärin Günther betont, dass die Landesregierung sich stark dafür einsetze, dass die Plattform in Schleswig-Holstein gebaut werde. Dafür sprächen die im Vergleich größeren Altlastenvorkommen sowie die dazu bereits vorliegenden, umfangreichen Kartierungen. Auch eine Arbeitsstruktur, auf die bei der Realisierung des Bergungsprogramms zurückgegriffen werden könne, sei hierzulande bereits vorhanden.

Ebenso unklar wie der künftige Standort der Plattform sei bislang, wer die Kosten für einen etwaigen Weiterbetrieb nach Ablauf des Sofortprogramms übernehmen werde. Seitens der Länder und des Bundes gebe es dazu unterschiedliche Auffassungen. Die Diskussion dieser rechtlichen Fragen werde voraussichtlich bis Ende des Jahres 2024 abgeschlossen sein.

Zum zweiten Themenschwerpunkt – den Schad- und Nährstoffeinträgen – schildert die Umweltstaatssekretärin einige Maßnahmen der Landesregierung. So werde aktuell ein Auenprojekt an der Schwartau umgesetzt. Die Landesregierung erwarte sich Erkenntnisse dazu, wie die Wiederherstellung von Auen, also die Renaturierung von Flüssen, Bächen und Seen, dazu beitragen könnte, Schadstoffe davon abzuhalten, Richtung Meer zu fließen.

Die Wiederherstellung von Feuchtgebieten sei ebenfalls ein wesentlicher Bestandteil, gewisse Zielmarken zu erreichen, pflichtet der Leiter der Abteilung Wasserwirtschaft sowie Meeres-

und Küstenschutz, Herr Dr. Oelerich, bei. Hinsichtlich der Ziele zur Senkung der Schadstoffeinträge führt er umfangreich aus: Die Landesregierung habe sich im Aktionsplan Ostseeschutz vorgenommen, die Stickstoffeinträge um 2.000 Tonnen pro Jahr und die Phosphoreinträge um 65 Tonnen pro Jahr abzusenken. So könnten die Ziele der Meeresstrategierahmenrichtlinie und die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie erreicht werden. Dies korrespondiere mit den Anforderungen des §14 Oberflächengewässerverordnung, die Ausdruck der Wasserrahmenrichtlinie sei. Danach müssten Stickstoffeinträge um 34 Prozent und Phosphoreinträge um 30 Prozent reduziert werden. Die Zielvereinbarung solle damit einhergehend auf Richtwerte abzielen, die man sich für das Jahr 2030 vorgenommen habe. Bis zu diesem Jahr sollten Stickstoff- und Phosphoreinträge jeweils um weitere 10 Prozent abgemildert werden.

Um künftig weniger Schadstoffe durch die landwirtschaftliche Nutzung von Flächen in die Ostsee einzutragen, gebe es für Landwirte weiterhin die Möglichkeit, eine freiwillige und kostenfreie Gewässerschutzberatung in Anspruch zu nehmen. Durch die Fortführung der Gewässerschutzberatung sei zu erwarten, dass die Einträge weiterhin sanken. Allerdings seien diese Effekte erst langfristig nachweisbar.

Ebenfalls im Sinne der Optimierung der Wasserqualität der Ostsee sei zudem vorgesehen, eine vierte Reinigungsstufe in Klärwerken einzuführen. Hintergrund sei, den Eintrag von Reststoffen von Medikamenten und anderen chemischen Stoffen über Abwasser zu reduzieren. Aktuell würden eine Kläranlage in Rendsburg als Pilotkläranlage für eine vierte Reinigungsstufe sowie die Versuchskläranlage in Reinfeld gefördert. Erkenntnisse aus anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen, die bereits eine vierte Reinigungsstufe getestet hätten, seien kaum übertragbar. Denn die Infrastruktur – zum Beispiel die Dichte der Industrie – sei von Land zu Land sehr unterschiedlich.

Zum dritten Themenschwerpunkt – den Folgen des Klimawandels – kündigt die Umweltstaatssekretärin an, dass die Landesregierung aktuell an einer handlungsfeldübergreifenden Klimawandelanpassungsstrategie arbeite.

Auf Fragen der Abgeordneten Eka von Kalben antwortet Staatssekretärin Günther, dass es international vor allem einen engen Austausch mit Dänemark gebe. Der Austausch mit anderen Nationalstaaten aus dem Ostseeraum finde vorrangig über Konferenzen wie die HELCOM statt. Auf nationaler Ebene bestünden enge Arbeitskontakte zu den Kollegen aus Mecklen-

burg-Vorpommern. – Mit Blick auf die internationale Zusammenarbeit ergänzt Herr Dr. Oelerich, dass zudem enge Arbeitskontakte zu den Kollegen aus Polen existierten. Der Austausch mit den übrigen Ostseeanrainerstaaten sei seit Jahrzehnten etabliert. Zwar habe der Arbeitsgruppe „SUBMERGED“ die Einstellung gedroht, doch unter dem Vorsitz Schleswig-Holsteins im Rahmen der BSSSC-Konferenzen habe eine Verstetigung erreicht werden können.

Zu einer Nachfrage der Abgeordneten Eka von Kalben zu den Munitionsaltlasten führt die Staatssekretärin aus, dass die 300.000 Tonnen zwar eine realistische Größe darstellten, der Aufwand der Bergung aber dennoch schwer einzuschätzen sei. Viele unterschiedliche Munitionstypen – Torpedos, Bomben, Minen und Granaten – lägen übereinandergeschichtet und seien inzwischen durch Korrosion miteinander verbunden. Erkenntnisse dazu zu gewinnen, wie aufwendig es sei, derartige Altlasten zu bergen, sei das Ziel des Bundesprogramms.

Auf eine Nachfrage der Abgeordneten Wentzel zu diesem Thema bestätigt die Staatssekretärin, dass es wünschenswert wäre, die Munition künftig direkt auf hoher See vernichten zu können, statt sie vor ihrer Vernichtung lange Strecken über Land zu transportieren.

Auf eine Frage des Abgeordneten Timmer antwortet Staatssekretärin Günther, dass sich die Quellen von Nährstoffeinträgen nicht einfach lokalisieren ließen. Denn die Abwässer gelangten oftmals erst über einige Umwege ins Meer, da das Land von Bächen, Drainagen und Ähnlichem mehr durchsetzt sei.

Auf eine Frage der Abgeordneten Wentzel erklärt Herr Dr. Oelerich, dass mithilfe von Wissenschaft und Privatwirtschaft – dem GEOMAR, der CAU sowie dem Unternehmen north.io GmbH aus Kiel – die Kartierung der Munitionsaltlasten so weit fortgeschritten sei, dass eine Priorisierung der zu hebenden Stellen möglich sei. Auch der Zustand der Munition sei an den infrage kommenden Stellen erfasst.

Auf eine Frage des Abgeordneten Timmer antwortet Herr Dr. Oelerich bezugnehmend auf den Generalplan „Abwasser und Gewässerschutz“ der Landesregierung, dass darin jene Kosten berechnet seien, die anfielen, um durch Ertüchtigung von Kläranlagen die Nährstoffeinträge in die Ostsee weiter zu minimieren. Dies gelte auch für jene Kosten, die für Einrichtung der vierten Reinigungsstufe potentiell zu Buche schlugen. Es handle sich jeweils mindestens um zweistellige Millionenbeträge.

Herr Dr. Oelerich ergänzt, dass in Kürze eine Novellierung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie zu erwarten sei. Die Landesregierung rechne mit einer zeitnahen Zustimmung des EU-Parlaments, so dass die Richtlinie im September 2024 im Amtsblatt stehen werde. Anschließend sei die Richtlinie binnen 30 Monaten in nationales Recht zu überführen. Bis zum Jahr 2035 seien die Maßnahmen umzusetzen. Diesen Zeitplan halte er für ambitioniert.

Die Landesregierung habe bereits entsprechende Vorarbeiten anlaufen lassen. Die Kläranlage in Rendsburg trete in diesem Jahr in eine Pilotphase ein. Nach heutigem Stand der EU-Kommunalabwasserrichtlinie müssten sechs weitere Kläranlagen für Stufe 4 ertüchtigt werden. Zu deren Finanzierung sei angedacht, die Herstellerverantwortung als Prinzip gesetzlich zu verankern. Demnach sollten die Hersteller von Kosmetik- und Arzneimittelprodukten, die maßgeblich dazu beitragen, Spurenstoffe einzutragen, künftig bis zu 80 Prozent der Finanzierung tragen müssen. Allerdings seien dabei vielfältige rechtliche und praktische Indikatoren zu berücksichtigen. Herr Dr. Oelerich räumt ein, dass es bislang noch nie gelungen sei, rechtlich eine Herstellerverantwortung zu realisieren.

Bei der Phosphorfällung der Kläranlagen gebe es bereits eine Förderrichtlinie. 15 Klärwerke aus dem Einzugsgebiet der Ostsee bemühten sich bereits darum, diese Förderung zu erhalten. Ziel sei es, die Kläranlagen entsprechend zu ertüchtigen. Auf eine Frage der Abgeordneten Wentzel sagt die Umweltstaatssekretärin zu, eine Liste mit jenen 50 Kläranlagen vorzulegen, die sich bereits um die Förderung zur Einrichtung einer Klärstufe 4 bemühten.

Auf eine Frage des Abgeordneten Kock-Rohwer erklärt Staatssekretärin Günther, die Aufkündigung des Green Deal durch die Lockerung der GAP-Strategie empfinde sie als problematisch. Der Gedanke der Nachhaltigkeit werde vernachlässigt, weil es den Nationalstaaten freistehe, selbst zu bestimmen, ob sie auf Maßnahmen wie etwa den Wechsel der Fruchtfolgen setzten oder nicht. Entsprechende Diskussionen begännen nun in den Nationalstaaten. Instrumente wie die Einführung einer Gemeinwohlprämie seien denkbar, um auch künftig den Gedanken der Nachhaltigkeit zu verankern.

Nach den Sommerferien sei geplant, die Diskussion zur Strategie für die Ostseeküste bis zum Jahr 2100, die bislang ausschließlich in der Fachöffentlichkeit geführt worden sei, in die breite Öffentlichkeit zu tragen. Im Fokus stehe die Frage, wie die Ressourcen in und um die Ostsee trotz der Nutzung des Binnenmeeres erhalten werden könnten. – Herr Dr. Oelerich fügt hinzu,

dass die Landesregierung entsprechend der EU-Wasserrahmenrichtlinie regelmäßig die Parameter Stickstoff und Phosphor in Meer, Fließgewässern, Seen sowie im Grundwasser erfasse und die Zahlen veröffentliche. Er ergänzt, dass die Nährstoffeinträge nicht als eigener Tagesordnungspunkt auf der kommenden BSSSC-Konferenz vorgesehen seien.

Auf eine Frage der Abgeordneten Jette Waldinger-Thiering antwortet die Staatssekretärin, die Sturmflut an der Ostsee aus dem Oktober 2023 sei für Fachleute und Wissenschaftler keine Überraschung gewesen. Vielmehr handele es sich um eine absehbare Folge des Klimawandels und des infolgedessen steigenden Meeresspiegels. Die größere Menge Wasser entfalte bei starken Winden eine größere Wucht.

Entsprechend stelle sich nun die Frage, wie die Regionaldeiche, deren Wiederherstellung aktuell im Fokus der Bemühungen der Landesregierung stehe, zukünftig aufgestellt sein müssten. Da die Zuständigkeit auf der kommunalen Ebene liege, sei es erforderlich, mit den Menschen vor Ort in einen Dialog zu treten. Sankt Peter-Ording etwa plane, seine Deiche selbst auszubauen und eine Förderung des Landes zu beziehen. Lösungen in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Akteuren der Landschaften zu erarbeiten, schaffe Akzeptanz in der Bevölkerung für die Gestaltung der Maßnahmen.

Staatssekretärin Günther betont, die Strukturen seien entlang der Ostseeküste bislang nicht so professionell aufgestellt, wie es an der sturmfluterprobten Nordsee bereits der Fall sei. – Herr Dr. Oelerich ergänzt, dass die Landesregierung beim Küstenschutz an der Ostsee künftig einen Schwerpunkt auf den Schutz von Leib und Leben setzen werde. An der Geltinger Birk etwa werde das Naturschutzgebiet ausgedeicht.

**5. Nachbereitung der Informationsreisen nach Berlin und nach
Flensburg und Nordschleswig**

Vorschlag des Vorsitzenden

hierzu: [Umdrucke 20/3216](#), [20/3217](#), [20/3218](#), [20/3219](#), [20/3220](#)

Der Europausschuss bereitet die zurückliegenden Informationsreisen aus dem April 2024 nach.

6. Information/Kennntnisnahme

[Umdruck 20/3003](#) – Zuschrift Regionskontor: Forderungen der Region Sønderjylland-Schleswig zum Erhalt und Ausbau der schienen- gebundenen Mobilität im deutsch-dänischen Grenzland

[Umdruck 20/3100](#) – Antwort des Europaministeriums auf eine Nach- frage der Abgeordneten Birte Pauls (SPD) aus der 20. Sitzung des Europausschusses am 27. März 2024

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Informationsreise nach Kopenhagen und Malmö eventuell auf vier Tage verkürzt werde (Reisezeitraum 1. bis 4. Juli 2024). Er informiert zudem zum Stand der Programmplanung und nimmt letzte Vorschläge der Ausschussmitglieder entgegen.

Der Abgeordnete Timmer bittet die Landesregierung mit Bezug auf [Umdruck 20/3100](#), schriftlich das Abstimmungsverhalten der Landesregierung in der Bundesratssitzung vom 22. März 2024 zur Bundesratsdrucksache 26/24 zu erläutern ([Umdruck 20/3334](#)).

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, schließt die Sitzung um 11:45 Uhr.

gez. Malte Krüger
Vorsitzender

gez. Nadine Otte
Geschäftsführung und Protokollführerin